Corinna Tonner

hochschule

TITELTHEMA

Boomende Branche

Über eine Million Menschen arbeiten in Deutschland im Bereich IT- und Telekommunikationstechnik (ITK), davon rund 825.000 in der IT- und 195.000 in der Telekommunikationsbranche. Während der IT-Sektor rasant wächst, kränkelt der andere.

Text: Corinna Tonner

Der Data Space von SAP in Berlin-Mitte: Hier sollen sich künftig Start-up-Gründer, SAP-Mitarbeiter, Studenten, Wissenschaftler und Interessierte zum Austausch treffen.

Der IT-Branche geht es gut – allen Krisen zum Trotz. Zwar gab es 2009, bedingt durch die Finanzkrise, einen Einbruch, doch seither werden dauerhaft 40.000 bis 45.000 unbesetzte Posten im IT-Bereich verzeichnet. Rund die Hälfte der Jobs richtet sich an Akademiker, die andere Hälfte an Arbeitnehmer mit einer dualen Ausbildung, zum Beispiel Fachinformatiker und Informatiktechniker. Wie sehr die Branche heute in allen Wirtschaftszweigen zu einem integralen Bestandteil geworden ist, zeigt die Verteilung: Etwa 17.500 offene Positionen melden die Unternehmen der ITK-Branche, aber 25.500 neue Mitarbeiter werden in anderen Branchen gesucht, also Maschinenbau, Gesundheit, Energiewirtschaft, Autoindustrie, Banken und Versicherungen, Verwaltung, Medien – die digitale Transformation geht an keiner Branche spurlos vorüber. Das belegt die Bitkom-Fachkräftestudie, die alljährlich im Herbst erscheint.

Rund 180.000 Studenten belegten im Jahr 2015 die Fächer Wirtschaftsinformatik, allgemeine oder angewandte Informatik. Das entspricht einem Zuwachs von sieben Prozent. Damit ist Informatik nach den Wirtschaftswissenschaften und dem Maschinenbau im Hinblick auf die Zahl der Studierenden das drittstärkste Fach an den deutschen Hochschulen.

Trotzdem reicht das nicht aus, um die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu decken. „Es kommen zu wenig Absolventen aus den Universitäten“, sagen Experten wie Markus Köhler, Leiter des Bereichs Human Resources und Mitglied der Geschäftsführung von Microsoft Deutschland. Denn die Zahl der Studierenden ist zwar relativ hoch, aber die Zahl der Studienabbrecher ist es auch: Nur rund 50 Prozent der Informatikstudenten beenden ihr Studium erfolgreich.

Die Google-Zentrale in Zürich: Hier können die Mitarbeiter kleinere Meetings in Konferenzräumen abhalten, die Iglus nachempfunden sind.

HOHE ABBRECHERQUOTE AN DER UNI

Konkret bedeutet das: Pro Jahr beginnen rund 35.000 Studierende ein Informatikstudium. Aber die Zahl der Absolventen, die ein IT-Studium erfolgreich beenden, liegt nur bei 20.000. Das entspricht zwar ungefähr der Zahl der Stellen, die pro Jahr in den IT-Unternehmen neu geschaffen werden. Dennoch gibt es eine Lücke, erklärt Bitkom-Arbeitsmarktexpertin Juliane Petrich: „Längst nicht alle Absolventen wechseln von der Uni direkt auf den Arbeitsmarkt. Das sind geschätzt nur 12.000.“ Einige bleiben an der Uni und promovieren, andere gehen ins Ausland oder werden Lehrer. „Außerdem suchen nicht nur IT-Unternehmen Informatiker, auch Unternehmen aus allen anderen Branchen stellen IT-Experten ein“, sagt Petrich. Insgesamt gesehen, sei der Fachkräftemangel seit Jahren „ein strukturelles Problem“. Petrich plädiert dafür, Informatik in allen Bundesländern an den weiterführenden Schulen als Pflichtfach einzuführen. Bisher ist das nur in wenigen Bundesländern der Fall wie etwa in Bayern und Sachsen.

Nicht nur die Zahl der Informatikabsolventen müsse steigen, sondern auch die Qualität der Lehre an deutschen Hochschulen, meint Harald Fortmann, Botschafter für Bildung & Personalentwicklung beim Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW). Die Studiengänge hierzulande sollten einen wesentlich höheren Anteil an digitalen Inhalten haben, fordert Fortmann: „Das ist keine Kostenfrage, denn die Studenten haben eigene Smartphones und Tablets, die sie mitbringen können.“ Studiengänge wie BWL, Journalismus oder Marketing sollten praxisorientierter gestaltet werden. „Da fehlt noch viel“, sagt Fortmann, aber es gebe durchaus Universitäten, die in der Entwicklung eine Vorreiterposition einnehmen. So bietet die Universität Leipzig einen „Master Mobile Marketing“ an und einen „Media Communications Manager“ mit vielen innovativen Inhalten.

Fortmann kennt die akademische Bildungslandschaft aus eigener Anschauung, er nimmt einen Lehrauftrag an der Fresenius Hochschule in Hamburg wahr. „Deutschland liegt in der Ausbildung zurück hinter Ländern wie Polen, Tschechien, Indien und den USA. Die beiden europäischen Länder sind später in die Entwicklung der IT-Branche eingestiegen. Deshalb sind sie jetzt näher dran an der neuesten Technologie.“

Der ITK-Bereich ist ein Arbeitnehmermarkt. Die Nachfrage der Arbeitgeber bewegt sich derzeit auf Höchstniveau, so die Bundesagentur für Arbeit. Die Arbeitslosenquote ist mit drei Prozent sehr gering. „Es herrscht eine Goldgräberstimmung“, sagt Harald Fortmann. „Die Arbeitnehmer sind sehr wechselwillig, und das dreht die Gehaltsspirale nach oben.“

ATTRAKTIVE ARBEITGEBER RINGEN UM INFORMATIKER

Das bestätigen die Zahlen der Hamburger Gehaltsanalysten von Compensation Partner, einer Tochtergesellschaft der Personalmarkt Services GmbH. Geschäftsführer Tim Böger erklärt, dass selbst „die attraktivsten Arbeitgeber wie Google, Daimler, BMW oder Adidas um die besten Informatiker ringen“ müssen. Das sei vor zehn Jahren nicht der Fall gewesen.

Google hat seinen Standort Deutschland in den vergangenen zehn Jahren deutlich ausgebaut. Waren es 2006 noch 100 Mitarbeiter, sind es heute 950 an den Standorten in Hamburg und München. Während in Hamburg Vertrieb, Marketing und PR angesiedelt sind, arbeiten in München überwiegend IT-Ingenieure und Produktmanager. Das europäische Hauptquartier für Produktentwicklung ist in Zürich. Carolin Ochsendorf aus dem Recruiting sagt: „Der Reiz bei uns liegt sicher darin, dass man Produkte für eine große Menge von Menschen entwickelt.“ Auch Google sucht „teamfähige, innovative Persönlichkeiten“, so Ochsendorf. 20 Vakanzen hat Google im Engineering, sagt sie, aber sie würden auch mehr Experten einstellen: „Wenn jemand Potential hat, schaffen wir eine Stelle, die passt.“ Und sie appelliert an potentielle Bewerber: „Man sollte keine Hemmungen haben, sich bei uns zu bewerben. Keine falsche Bescheidenheit – den perfekten Lebenslauf gibt es nicht!“

Bei Microsoft in München ist man stolz darauf, dass das Unternehmen 2015 bereits zum sechsten Mal im Wettbewerb „Deutschlands Bester Arbeitgeber“ des Instituts Great Place to Work den ersten Platz in der Kategorie 2.000 bis 5.000 Mitarbeiter belegen konnte. Personalchef Markus Köhler betont die Flexibilität, die den Mitarbeitern bei Microsoft ermöglicht wird. Es gibt eine Vertrauensarbeitszeit, das bedeutet: Entscheidend sind die Schlusstermine für Projekte, die mehrere Monate im Voraus festgelegt werden. Wo und wann die Arbeit umgesetzt wird, spielt dabei keine Rolle. Die Mittagspause kann drei Stunden dauern, dafür sitzt man vielleicht bis abends um zehn Uhr am Laptop, um die Kollegen in den USA via Skype bei einem Projekt zu unterstützen. Für akademische Berufsanfänger bietet das Unternehmen ein firmeneigenes Netzwerk, zu dem nicht nur IT-Spezialisten gehören, sondern Mitarbeiter aus allen Fachrichtungen.

Bei der Deutschen Telekom, einem der führenden Telekommunikationsunternehmen in Europa, werden „kreative Köpfe gesucht, die die digitale Welt mitgestalten wollen“, sagt Birgit Schmidt, Leiterin im Recruitingbereich IT: „Wir stellen die digitalen Lebensadern bereit.“ Bei der Suche nach den besten Talenten verlässt man sich nicht nur auf Stellenanzeigen, sondern nimmt Kontakt auf in Netzwerken wie Xing, Linkedin, Experteer, E-Fellows oder Career Loft und natürlich Facebook und Twitter. Gesucht werden IT-Experten für Consulting, Projektmanagement, Webdesign und Softwareentwicklung in den Bereichen Automotive, Cloud, der Kommunikation zwischen Maschinen (M2M) und IT-Sicherheit. „Wer zu uns kommt, kann rund um den Globus Karriere machen“, sagt Birgit Schmidt, denn die Telekom sei in über 50 Ländern präsent.

DUALE STUDIENGÄNGE BEI SAP

Der Softwarehersteller SAP bietet verschiedene duale Studiengänge an, zum Beispiel BWL, Informatik und Wirtschaftsinformatik. Die Firma aus dem baden-württembergischen Walldorf bietet ihren IT-Spezialisten eine individuelle Karrieregestaltung und ein globales Arbeitsumfeld mit Standorten in den USA, Kanada, Indien, Australien, Japan, China und Frankreich. Insgesamt arbeiten dort 76.000 Mitarbeiter, davon 18.000 in Deutschland. SAP will auch Frauen stärker fördern, sagt Recruitingmanagerin Christine Keiner: „Wir brauchen einen signifikanten Frauenanteil auf allen Ebenen.“

Die frischgebackenen IT-Absolventen bekommen im Schnitt rund 49.000 Euro pro Jahr und dringen damit in die Sphären vor, die bisher Juristen und Ingenieuren vorbehalten waren. BWL-Absolventen wurden durch die IT-Spezialisten längst abgehängt, junge Betriebswirte verdienen im Schnitt „nur“ 44.000 Euro.

Nach dem Start ziehen die Gehälter deutlich an. Für Softwareentwickler mit dreijähriger Berufserfahrung liegt das Gehalt im Schnitt bei 51.500 Euro, für Senior-Softwareentwickler mit sechs bis neun Jahren Berufspraxis bei 55.500 Euro. Ein IT-Leiter mit Personalverantwortung verdient durchschnittlich 113.000 Euro, so die Hamburger Gehaltsanalysten, und der Chief Technical Officer (CTO), der zur Ebene der Geschäftsführung gehört, erhält pro Jahr im Schnitt 146.300 Euro.

INNOVATIONSMANAGER SIND TOPVERDIENER

Laut einer Studie, die der Bundesverband BVDW und die Beratungsgesellschaft Kienbaum erstellt haben, gehören Innovationsmanager, Vertriebsfachkräfte und Business-Developer mit mehr als fünf Jahren Berufserfahrung zu den Topverdienern mit bis zu 100.000 Euro im Jahr. Im Mittelfeld liegen Digital-Sales-Manager, Account-Manager, Key-Account-Manager auf Senior-Level (80.000 Euro). Am unteren Ende der Skala befinden sich Senior-Spezialisten als Affiliate-Marketing-Manager (44.000 Euro) und Digital Designer (48.000 Euro).

Ebenso wie Harald Fortmann vom BVDW sieht Tim Böger von der Firma Personalmarkt Services eine Lücke zwischen akademischer Ausbildung und den Anforderungen im Job. Die Veränderungen und Weiterentwicklungen in der IT-Branche seien so schnell, dass die Lehreinrichtungen mit den Studienplänen oft nicht hinterher kämen. „Für Berufseinsteiger ist es ratsam, sich neben dem Studium über eigene Projekte zu qualifizieren, um technische Innovationen zu verfolgen“, empfiehlt Böger.

INFORMATIKERINNEN GESUCHT

Angesichts der guten Karriereaussichten ist der geringe Frauenanteil in der Branche erstaunlich. Nur 8.000 IT-Studienanfänger sind weiblich. Eine schlüssige Antwort darauf, warum das so ist, gibt es nicht. Aber es gibt viele Initiativen, die das ändern wollen. Zum Beispiel das Start-up App Camps in Hamburg, das von Branchengrößen wie Otto und Google unterstützt wird. Nadine Buerschaper und Fulya Cankaya, beide 19 Jahre alt, sind Werkstudentinnen bei App Camps und studieren Informatik. Warum entscheiden sich nicht mehr Mädchen für ein Informatikstudium? Fulya Cankaya meint: „Es hat sich herumgesprochen, dass es eine hohe Abbrecherquote gibt. Das schreckt viele ab.“ Ein Zweifel, den die männlichen Studienanfänger offenbar nicht hegen. „Es ist eine Männerdomäne, und viele Mädchen haben Angst, dass sie da nicht mithalten können“, räumt die Studentin ein. Das sei nicht ganz unbegründet. Im Unialltag erlebt sie immer wieder, dass Männer gemeinsam etwas unternehmen und netzwerken, während Kommilitoninnen außen vor bleiben. Aber auch Frauen vernetzen sich mittlerweile. Zum Beispiel an der Uni Darmstadt beim Workshop „Crossfyre“, bei dem sich junge Frauen im Bereich Kryptographie austauschen können.

Nadine Buerschaper glaubt, dass das Klischee vom Einzelkämpfer viele Frauen abschreckt. Einen Vorteil habe es aber auch, als Frau Informatik zu studieren, argumentiert sie: „Man bekommt viel Anerkennung, so nach dem Motto: Wow, das traust du dir zu? Toll.“

„Einen Vorteil habe es, als Frau Informatik zu studieren: ‚Man bekommt viel Anerkennung‘.“

Besonders nachgefragt sind derzeit Experten für IT-Sicherheit. Das zeigt sich unter anderem an der Zahl neu geschaffener und ausgeschriebener Lehrstühle für IT-Sicherheit zum Beispiel an den Universitäten in Göttingen und Berlin sowie an der Hochschule der Bundeswehr München.

Das Thema ist durch die Cyberattacke auf den Deutschen Bundestag Anfang 2015 schlagartig ins Bewusstsein geraten und wird mittlerweile auch von der Unterhaltungsbranche aufgegriffen. Die Folgen eines Hackerangriffs auf die Stromversorgung spielt der Thriller „Blackout“ von Marc Elsberg durch: In Europa gehen die Lichter aus. Von Schweden bis ans Mittelmeer fällt der Strom aus, Lebensmittel können nicht geliefert werden, die Wasserversorgung bricht zusammen, es gibt kein Benzin mehr.

„Beim Thema Sicherheit gibt es riesige Mankos bei vielen Unternehmen“, erklärt Professorin Christina Brzuska. Sie ist an der Technischen Universität Hamburg Expertin für IT-Sicherheit. Nach Stationen in Duisburg–Essen, Bordeaux, Darmstadt, Tel Aviv und bei Microsoft Research Cambridge wurde Brzuska mit nur 30 Jahren Juniorprofessorin an der TU HH.

BEWUSSTSEIN FÜR IT-SICHERHEIT NIMMT ZU

Das Bewusstsein für die Gefährdung aus dem Netz nimmt immerhin zu, erklärt Brzuska. Und damit auch die Nachfrage nach IT-Consulting-Firmen, die die passenden Programme implementieren. Es ist ein komplexes Themenfeld: „Einfach nur auf die IT zu schauen reicht nicht für die Sicherheit. Denn der Mensch ist die Schnittstelle.“

Die Sorglosigkeit vieler vor allem mittelständischer Unternehmen rühre daher, dass die wenigsten Unternehmen, die das Opfer einer Cyberattacke werden, dies freiwillig zugeben. Auch dies zeuge von mangelndem Sicherheitsbewusstsein, so Brzuska: „Eines der Ziele von Datenklau ist meistens, dass er unbemerkt bleiben soll.“ In den Fällen, in denen sich Angreifer bemerkbar machen, sei oft Erpressung im Spiel.

Branchen-Check ITK

Gehalt
Im Schnitt verdienen Berufsanfänger, die von der Uni kommen, 49.000 Euro pro Jahr. Damit dringen IT-Experten in den Bereich vor, der bisher Ingenieuren und Juristen vorbehalten war. Seniorspezialisten mit Personalverantwortung verdienen 80.000 Euro pro Jahr, in der Geschäftsführerebene sogar bis zu 146.000 Euro.

Arbeitgeber
Im Zeitalter der digitalen Transformation vieler Branchen sind die Arbeitgeber ebenfalls breit gestreut. Über 40 Prozent der IT-Fachkräfte arbeiten für IT-Dienstleister. Aber auch in der Autoindustrie kommen IT-Spezialisten zum Einsatz, zudem im Großhandel, in Unternehmensberatungen, in der Verwaltung, im Maschinenbau, bei Finanzdienstleistern, Versicherungen und Pensionskassen. In der Telekommunikationsbranche ist die Deutsche Telekom Marktführer.

Personalsituation und Branchenentwicklung
Der Branchenverband Bitkom erwartet für 2016 einen Zuwachs um 25.000 Arbeitsplätze auf 825.500. Damit betrug das Beschäftigungsplus innerhalb der vergangenen fünf Jahre 166.000 Stellen. 43.000 offene Positionen gibt es derzeit in der digitalen Wirtschaft. Gezählt werden dabei nicht nur IT-Experten, sondern alle Arbeitnehmer. Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnet 11.000 offene Stellen für IT-Experten. Im Telekommunikationssektor ist die Beschäftigtenzahl leicht zurückgegangen auf 195.000 Stellen, das sind 4.000 Stellen weniger als im Vorjahr.

Karriere
Hochschulabsolventen werden mit offenen Armen empfangen. Wer Potential hat, wird von großen Unternehmen eingestellt, auch wenn es keine konkrete Position gibt. Wer teamfähig ist, kann als IT-Leiter mit Personalverantwortung eine gutdotierte Position erreichen und von dort in die Ebene der Geschäftsführung aufsteigen. Besonders gesucht sind Spezialisten für IT-Sicherheit sowie Datenmanager, die qualitative und quantitative Analysen liefern können.

Fotos: picture-alliance, dpa - Report

Hochschulen als Wirtschaftsfaktor

Pascal Hetze über die Wertschöpfung des Wissenschaftsbetriebs in Bremen und im Bund

Die Hochschulen in Bremen stehen unter Spardruck, mehrere Studiengänge sind von Schließung bedroht. Wie einträglich die Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstitute jedoch für das Land Bremen sind, zeigte kürzlich eine Studie der Jacobs Foundation, die die Jacobs University bis 2011 förderte. Durch die Nachfrage der Hochschulen, Konsumausgaben der Studenten und der 15323 Arbeitnehmer im Wissenschaftsbetrieb erhält die Stadt für ihre Grundfinanzierung von 140 Millionen Euro eine Wertschöpfung mit dem Faktor 2,7 zurück. Über das Ergebnis und die Studie selbst sprach Corinna Tonner mit Pascal Hetze vom Stifterverband der Deutschen Wissenschaft in Berlin.

Herr Hetze, die Studie der Jacobs Foundation über die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven kommt zu einem sehr positiven Ergebnis. In Hinsicht auf alle Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist von einer sehr guten Wertschöpfung für die Stadt ist die Rede. Wie steht Bremen im Vergleich zu anderen Universitäts-Städten da?
Pascal Hetze: Es gibt zwei aktuelle Studien für Darmstadt und Berlin, da sehen die Zahlen sehr ähnlich aus. Die Studien belegen, dass die Hochschulen wichtige regionale Wirtschaftsfaktoren sind.

Dann konnte man sich also vorher ausrechnen, wie das Ergebnis der Bremer Studie ausfallen würde?
Ja, in groben Zügen sicherlich.

Dass die Jacobs Foundation eine Studie in Bremen in Auftrag gegeben hat, klingt angesichts der aktuellen Sparpläne für die Jacobs University nach gezielter Lobby-Arbeit. Dort sollen 65 Stellen gestrichen werden und ein Drittel der Studienprogramme.
Natürlich ist das Lobby-Arbeit, aber die Ergebnisse sind deswegen nicht falsch. Universitäten setzten solche Studien immer dann gern strategisch ein, wenn Budgetverhandlungen mit den staatlichen Institutionen bevorstehen.

Die errechnete Wertschöpfung mit dem Faktor 2,7 der eingesetzten Mittel führt nicht dazu, dass das Land mehr Geld in die Universitäten investiert. Auch der Wissenschaftsrat empfiehlt, Studienplätze und Fächer in Bremen zu streichen. Woran liegt das?
Die Erträge fallen nicht alle kurzfristig und auch nicht alle im Landeshaushalt an. Das hat auch die Studie für Darmstadt gezeigt: von rund 300 Millionen Euro Mehreinnahmen für öffentliche Haushalte blieben weniger als 40 Millionen beim Land hängen. Der Rest sind höhere Einnahmen der Sozialversicherungen und der Anteil des Bundes etwa bei Mehrwert- und Einkommensteuer. Die angespannte Haushaltlage in Bremen muss aber jetzt gelöst werden. Da verzichtet die Politik dann auf Investitionen, auch wenn sie sich langfristig und insgesamt lohnen.

Mit 20 000 Studierenden und einem 280-Millionen-Euro-Etat ist die Universität die größte wissenschaftliche Einrichtung im Land. FOTO: UNI BREMEN

Ist es typisch, dass solche Studien in den ärmeren Stadtstaaten wie Bremen und Berlin in Auftrag gegeben werden, in denen viele Steuergelder ins umliegende Bundesland abfließen?
Der Verdacht liegt nahe, aber es gibt auch für Universitäten von großen Flächenländern solche Studien. Es gab in den vergangenen 15 Jahren etwa ein Dutzend solcher Studien. Wir vom Stifterverband der deutschen Wissenschaft haben auch eine solche Studie gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut herausgebracht, die sich mit der deutschen Hochschullandschaft, den Einnahmen und Ausgaben insgesamt befasst.

Und was war das Ergebnis?
Das war sehr ähnlich wie in Bremen. Allerdings haben wir eine andere Bewertungsgrundlage und berücksichtigen auch die Innovationswirkungen, weil Unternehmen vor Ort besonders von Forschungsergebnissen und Fachkräften der Hochschulen profitieren, sodass wir davon ausgehen, dass in Bremen acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) durch die Hochschulen entstehen. In der Studie der Jacobs Foundation ist die Rede von 2,8 Prozent des BIP.

Was ist der Grund dafür, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Studien über Universitäten und Fachhochschulen veröffentlicht werden?
Das ist ganz einfach: Man musste bisher nicht so viele verschiedene Geldgeber überzeugen. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Studierenden um ein Viertel angewachsen, von bundesweit gut zwei Millionen auf 2,6 Millionen. Die Höhe der Grundfinanzierung, die die Länder zur Verfügung stellen, ist jedoch konstant geblieben. Der Wettbewerb um Mittel ist größer geworden. Angesichts dieser Entwicklung ist eine Studie eine gute Methode, für mehr Geld zu trommeln, sei es bei den Ländern oder Stiftern und Sponsoren vor Ort.

Die Bremer Hochschulen sind für die Studierenden offenbar nur eine Art „Durchlauferhitzer", viele verlassen die Stadt nach dem Studium und arbeiten woanders. Wie bewerten Sie das? Ist Bremen nicht attraktiv genug?
Daran liegt es nicht. Es ist eher ein genereller Trend, den wir seit Jahrzehnten beobachten. Das ist eine Art Nord-Süd-Gefälle in der Hochschullandschaft, die auch das Ergebnis politischer Entscheidungen ist. Bremen hat eine hohe Hochschuldichte, ähnlich wie Berlin und Hamburg. Dagegen sieht es in den Bundesländern im Süden anders aus: Es gibt weniger Hochschulabsolventen als Berufsanfänger. Das wird offenbar auch so bleiben, obwohl Länder wie Bremen stärker bei den Hochschulen sparen. Dadurch entsteht eine Art umgekehrter Länderfinanzausgleich: Der Norden produziert Hochschulabsolventen, die als Berufsanfänger auf dem Arbeitsmarkt in Bayern und Baden-Württemberg landen.

Zur Person
Pascal Hetze (40) ist Programmleiter im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, einer Initiative von Unternehmen, Verbänden und Privatpersonen. Als Volkswirt beschäftigt er sich insbesondere mit Fragen des Innovationssystems und den ökonomischen Effekten von Wissenschaft und Bildung.

„Steuerrebellion des kleinen Mannes“

Schattenwirtschaftsexperte Friedrich Schneider zur Kritik an seiner Studie und der Ächtung von Schwarzarbeit

Laut einer aktuellen Studie soll der seit 1. Januar geltende Mindestlohn dafür sorgen, dass die Schwarzarbeit erstmals seit sechs Jahren nicht weiter abnehmen wird. Politiker, Gewerkschafter und Wirtschaftsvertreter in Bremen sind der Ansicht, dass es für eine solche Prognose noch zu früh sei, manche kritisieren sie gar als „unseriös“ (wir berichteten). Über das ambivalente Verhältnis der Politik zur Schwarzarbeit und die Kritik an seiner Studie sprach Corinna Tonner mit einem der Verfasser der Prognose, dem Wirtschaftsprofessor Friedrich Schneider.

Professor Schneider, Sie haben zusammen mit dem Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) eine aktuelle Studie zum Thema Mindestlohn und Schwarzarbeit vorgelegt. Darin heißt es, dass der Mindestlohn dafür verantwortlich sei, dass die Schwarzarbeit erstmals seit 2009 im laufenden Jahr nicht mehr rückläufig sein wird. Das Verhältnis der Schattenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll 2015 unverändert bei 12,2 Prozent liegen. Wie können Sie das vorhersagen?

Friedrich Schneider: Bei der Berechnung spielen viele Faktoren eine Rolle, die zahlenmäßig in die Analyse einfließen: Arbeitslosigkeit, kalte Progression, Mindestlohn, Steuerdruck, Regulierungsdichte, Steuermoral und anderes mehr.

Dennoch wird Ihre Studie kritisiert: Sie sei verfrüht, weil der Mindestlohn erst seit Januar 2015 greift. Außerdem gäbe es keine genauen Zahlen zur Schwarzarbeit, deshalb seien Studien mit exakten Daten unseriös. Was entgegnen Sie?

Eine Prognose ist qua Definition immer verfrüht: Eine Prognose ist eine Prognose. Vorhersagen zur Schattenwirtschaft lassen sich genauso prognostizieren, wie der Sachverständigenrat für Wirtschaft seit fünfzig Jahren die Entwicklung des BIP vorhersagt. Und denen wird auch nicht vorgeworfen, unseriös zu sein. Der Sachverständigenrat arbeitet mit denselben wirtschaftlichen und politischen Eckdaten wie ich. Nur errechnet der Sachverständigenrat das BIP und ich die Schattenwirtschaft. Dass es keine Zahlen zur Schattenwirtschaft gibt, ist schlicht und ergreifend falsch, auch wenn sie nie hundertprozentig exakt sein können.

Kommen wir noch einmal zu den Zahlen zurück: Sie sagen, die Lohnkosten werden wegen des Mindestlohns in 2015 um sieben Milliarden steigen. Davon werden 1,2 Milliarden in die Schattenwirtschaft abwandern – also in nicht sozialversicherungspflichtige Jobs, die Lohnnebenkosten entfallen. Wie muss man sich das konkret vorstellen?

Wenn man die 1,2 Milliarden abzieht, werden nur noch 5,8 Milliarden in sozialversicherungspflichtige Jobs investiert, der Rest in die Schattenwirtschaft. Ein kleiner Betrieb mit fünf geringfügig Beschäftigten hat dann nur noch vier solcher Mitarbeiter, der Rest geht an Schwarzarbeiter.

Für den Linzer Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Schneider sind die Sozialversicherungen die Leidtragenden der Schwarzarbeit. FOTO: JKU

Schwarzarbeit ist Wirtschaftskriminalität. Trotzdem haben Sie in Interviews und Fernsehtalkshows immer wieder hervorgehoben, dass die gebetsmühlenartige Verdammung der Schwarzarbeit bestimmte Aspekte ausblendet.

Ohne Schwarzarbeit gäbe es drei mögliche Reaktionen der Verbraucher. Erstens: Keine Nachfrage. Zweitens: Die Dinge selber machen. Drittens: Den Auftrag in die offizielle Wirtschaft geben. Das wäre dann aber nur ein Bruchteil der Aufträge, die derzeit schwarz abgearbeitet werden. Wir haben momentan in der Schattenwirtschaft eine Wertschöpfung von 200 Milliarden Euro und sieben bis neun Millionen Nebenerwerbs-Schwarzarbeiter – also zum Beispiel Handwerker, die ab und zu einen Auftrag an der Steuer vorbeischleusen und damit am Monatsende 400 oder 500 Euro mehr auf dem Konto haben.

Aber dadurch entsteht wirtschaftlicher Schaden …

Die Verlierer sind in der Tat die Sozialversicherungsträger und die Krankenversicherungen. Der Finanzminister hat auch weniger Geld in der Kasse, dafür verdient er wiederum an anderer Stelle. Denn die 400 oder 500 Euro werden für Konsumgüter ausgegeben, für die eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent anfällt.

Dann hat die Politik Ihrer Ansicht nach ein eher ambivalentes Verhältnis zur Schwarzarbeit?

Wer in Deutschland unverheiratet ist und in die Steuerklasse eins fällt, hat eine enorm hohe Steuerlast. Offiziell wird von seiten der Politik natürlich gesagt: Die Schattenwirtschaft sollte gleich null sein. Inoffiziell weiß man aber ganz genau, dass viele auf einen zusätzlichen Verdienst angewiesen sind. Oder dass mancher sich Immobilieneigentum ohne Schwarzarbeit nicht leisten könnte. Schwarzarbeit ist die Steuerrebellion des kleinen Mannes, und das weiß auch die Politik.

Zur Person: Friedrich Schneider (64) ist seit 1986 Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Kepler-Universität Linz. Der gebürtige Deutsche lehrte an Universitäten in Europa, Amerika und Australien. Das Thema Schwarzarbeit ist eines seiner Schwerpunktthemen. Schneider forscht über die ökonomische Theorie in Politik, Finanzwissenschaft, Wirtschafts-, Umwelt- und Agrarpolitik. Er analysiert vor allem den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft und die Konsequenzen. Schneider ist Verfasser von 73 Büchern und 402 wissenschaftlichen Publikationen.